

MENSCHENRECHTE STATT

Fünfzehn Betriebsräte der Fabrik von Mercedes Benz in Argentinien sind 1976/1977 während der Militärdiktatur verschwunden. Zeugenaussagen und Indizien deuten darauf hin, dass sie der Werksleitung missliebiger waren und deshalb von der Militärjunta entführt, gefoltert und ermordet wurden. Andere Kollegen entgingen nach der Folterhaft ihrer Ermordung und klagen das Unternehmen heute an.

Die Mitschuld der Werksleitung an den Verbrechen wird bis heute von Staatsanwälten und Richtern in Buenos Aires, San Francisco und Nürnberg untersucht. Die Konzernleitung von Daimler-Chrysler bestreitet jede Verantwortung des Unternehmens, deckt die Schuldigen und verweigert Entschädigungen für die Überlebenden und für die Angehörigen der Ermordeten.

Seit die deutsche Journalistin Gaby Weber den Fall 1999 an die Öffentlichkeit brachte, haben Kritische Aktionäre jährlich in den Hauptversammlungen der DaimlerChrysler AG Aufklärung verlangt. Dadurch haben sie erreicht, dass der Vorstandschef Jürgen Schrempp im Jahr 2002 einlenken musste.

Doch Schrempps Zugeständnis entpuppte sich rasch als Finte: Im Jahr 2003 bezahlte Daimler eine „unabhängige Expertenkommission“. Sie bestand aus dem umstrittenen Völkerrechts-Professor Christian Tomuschat und zwei seiner Hilfskräfte. Und sie sprach Mercedes fast vollständig frei von Schuld. Betroffene und Journalisten haben die Recherchemethoden und Schlussfolgerungen der „Kommission“ als unzureichend bis skandalös bewertet.

Deshalb haben überlebende Folteropfer und Angehörige ihrer ermordeten Kollegen am 14. Januar 2004 in den USA Klage gegen DaimlerChrysler erhoben. Gleichzeitig prüft die Staatsanwaltschaft in Nürnberg erneut alle Beweise gegen den damaligen Mercedes-Werksleiter Juan Tasselkraut, der zur Zeit seinen Ruhestand am Südatlantik genießt.

Die I.G. Farben AG i.A. ist zahlungsunfähig und steht seit dem 11. November 2003 unter Verwaltung einer vom Gericht bestellten Insolvenzverwalterin. Damit rückt sechs Jahrzehnte nach der Nazidiktatur das Ende des wohl blutigsten deutschen Konzerns in greifbare Nähe. Seine ehemaligen Zwangsarbeiter dürften dabei endgültig leer aus gehen.

Denn um das Restvermögen der I.G. Farben und um dessen Teile, die sich die Schweizer Großbank UBS einverleibt haben soll, wird unwürdig geschachert: Einzelne Aktionäre versuchen mit Hilfe des schillernden US-Anwalts Ed Fagen, den größten Teil

des Kuchens für sich zu sichern. Die letzten „Liquidatoren“ des Unternehmens distanzieren

sich zwar von Fagen, scheinen aber insgeheim selbst eine ähnliche Klage zu planen.

Nachdem findige „Investoren“ und „Liquidatoren“ den Restkonzern I.G. Farben über Jahrzehnte ausgeplündert haben, besteht sein Restvermögen heute aus wenigen Immobilien. Der Erlös aus ihrem Verkauf dürfte an mehrere Banken fließen, denen I.G. Farben 28 Millionen Euro schuldet.

Deshalb fordern überlebende Zwangsarbeiter mit Unterstützung der Kritischen Aktionäre und vieler weiterer Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung vom Januar 2004: „Die Gläubigerbanken der I.G. Farben – allen voran die HSH Nordbank – mögen juristischen Anspruch auf ‚ihr‘ Geld besitzen. Moralisch gehört ihnen kein Cent. Wenn durch den Verkauf der Immobilien der Farben-Tochter AWM KG zum wahrscheinlich letzten Mal liquide Mittel des einstigen Mordkonzerns bewegt werden, darf dieses Restvermögen nicht stillschweigend in Banktresoren verschwinden. Die Immobilien wurden gekauft mit dem Vermögen, das die Zwangsarbeiter erarbeiten mussten.“

Bislang weisen die Grossbanken HSH und UBS jede Verantwortlichkeit für das Thema weit von sich.

Konzernmacht



So unvergleichlich der nationalsozialistische Massenmord an neun Millionen Menschen ist und bleiben muss, so deutlich ist die Kontinuität zu der Ermordung von 15 Menschen drei Jahrzehnte später. Die Kontinuität besteht im Agieren deutscher Firmen, die während brutaler Diktaturen aus Profitinteresse schwere Menschenrechtsverletzungen nicht nur geduldet, sondern gefördert, sogar offen gefordert haben.



Niemand behauptet, die heutigen Vorstandsmitglieder der DaimlerChrysler AG seien persönlich Schuld an der Folterung und Ermordung von Betriebsräten während der Militärdiktatur in Argentinien. Niemand behauptet, die letzten Liquidatoren oder die heutigen Aktionäre der I.G. Farben trügen persönliche Schuld an der Versklavung und Ermordung zehntausender Zwangsarbeiter. Aber die heutigen Verantwortungsträger dieser Unternehmen stehen in der historischen Schuld, für vollständige Aufklärung zu sorgen und das letztmögliche kleine Stück Gerechtigkeit für die Opfer unsagbaren Unrechts her zu stellen: Im Namen ihrer Firmen können sie sich entschuldigen. Aus den Konzernkassen können sie Entschädigungen zahlen.

DaimlerChrysler muss sich von dem skandalösen Tomuschat-Gutachten distanzieren, muss die Angehörigen der Ermordeten entschädigen und darf den Hauptverdächtigen Juan Tasselkraut nicht länger vor Strafverfolgung schützen. Kritische Aktionärinnen und Aktionäre werden gemeinsam mit den Opfern und ihren Rechtsanwälten jahrelang für öffentliches Interesse an diesem Skandal sorgen.

Die Gläubiger und Aktionäre der I.G. Farben müssen zu Gunsten der überlebenden Zwangsarbeiter auf das letzte Vermögen des einstigen Nazi-Konzerns verzichten. Gemeinsam mit den Organisationen der Überlebenden wird der Dachverband weiterhin die Zocker-Aktionäre anklagen, die sich ohne Geschichtsbewusstsein nur die eigenen Taschen füllen wollen. Kritische Aktionärinnen und Aktionäre werden die Konzernchefs immer wieder an ihre historische Verantwortung erinnern – damit sich Geschichte nicht wiederholt.

Um Menschenrechte in der Wirtschaft durchzusetzen, sind die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre auf Spenden angewiesen. Zuwendungen an den Dachverband sind steuerabzugsfähig. Konto Nr. 896 22 92 – Stadtparkasse Köln – BLZ 370 501 98

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.
Ebertplatz 12, 50668 Köln, 0221-599 56 47, FAX-599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de



Dachverband
der Kritischen Aktionärinnen
und Aktionäre



Antwort-Coupon

per Fax an 0221-599 10 24
oder per Post:

- Ich möchte dieses Flugblatt weiter verteilen! Deshalb schicken Sie mir bitte kostenlos noch _____ Exemplare.
- Ich besitze Aktien deutscher Unternehmen und möchte Ihnen meine Stimmrechte übertragen. Bitte schicken Sie mir gratis und unverbindlich die nötigen Unterlagen.
- Ich werde ab sofort Fördermitglied des Dachverbands. Für meinen steuerabzugsfähigen Jahresbeitrag erhalte ich stets im Januar eine Quittung. Ich lege meinen Beitrag freiwillig fest auf € _____ (mindestens € 30,-).

An den
Dachverband der Kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre
Postfach 13 03 35

(Vorname & Name)

(Straße & Hausnummer)

(Postleitzahl & Ort)

(Datum & Unterschrift)

D-50497 Köln